Amtsblatt Nr: 34 /16.10.84

Az.: IV/6-173-Erl 2/81

Verordnung des Landratsamtes Würzburg über den geschützten <u>Landschaftsbestandteil</u> "Stationsweg" Gemarkung Erlabrunn

Aufgrund von Art. 12 Abs. 1 und 3 in Verbindung mit Art. 9 Abs. 4, Art. 45 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2 und Art. 37 Abs. 2 Nr. 3 des Bayerischen Naturschutzgesetzes — Bay-NatSchG — erläßt das Landratsamt Würzburg folgende mit Schreiben der Regierung von Unterfranken vom 29. 08. 1984, Nr. 820-8632.00-26/84, genehmigte Verordnung:

- § 1 Schutzgegenstand

- (1) Die in der Gemeinde Erlabrunn, Flurlage "Am Altenberg-Boden", gelegene Fläche wird als Landschaftsbestandteil geschützt.
- (2) Der geschützte Landschaftsbestandteil hat eine Größe von ca. 2,50 ha und erhält die Bezeichnung "Stationsweg".
- (3) Die Grenzen des geschützten Landschaftsbestandteiles sind in einer Karte M 1 : 2.500 und einer Karte M 1 : 25.000 eingetragen. Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung.

§ 2 Schutzzweck

Zweck des geschützten Landschaftsbestandteiles ist es, das Gebiet im Interesse des Naturhaushaltes, insbesondere wegen der Tier- und Pflanzenwelt, sowie zur Belebung des Landschaftsbildes zu erhalten.

Die geschützte Fläche zeichnet sich durch das Zusammen spiel verschiedenartiger Biotoptypen (z. B. Gebüsche, lichter und krautreicher Schwarzkiefernwald, Trocken und Halbtrockenrasen, Grünland mit Streuobst, Weinbergsbrache) aus. Diese sind Lebensraum für eine Vielzahl von gefährdeten Pflanzen und Vogelarten.

Der Erlaß der Verordnung ist daher im Interesse des Natur haushaltes und zur Belebung des Landschaftsbildes erforderlich.

§ 3 Verbote

- (1) Nach Art. 12 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 9 Abs. 4 BayNatSchG ist es verboten, ohne Genehmigung den geschützten Landschaftsbestandteil zu zerstören oder zu verändern. Zuständig für die Erteilung der Genehmigung ist das Landratsamt Würzburg als Untere Naturschutzbehörde.
- (2) Es ist deshalb vor allem verboten:
 - 1. Bodenbestandteile abzubauen, Aufschüttungen, Abla gerungen, Grabungen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder die Bodengestalt in sonstiger Weise zu verändern.
 - bauliche Anlagen im Sinne der Bayerischen Bauordnung zu errichten, zu ändern, abzubrechen oder zu beseitigen, auch wenn dies keiner Baugenehmigung bedarf,
 - 3. Leitungen zu errichten oder zu verlegen,
 - 4. die Lebensbereiche (Biotope) der Tiere und Pflanzen zu stören oder nachhaltig zu verändern,

- 5. Pflanzen oder einzelne Teile von ihnen abzuschneiden, abzupflücken, aus- oder abzureißen, auszugraben, zu entfernen oder sonst zu beschädigen,
- 6. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen,
- 7. freilebenden Tieren nachzustellen, sie zu fangen oder zu töten, Brut- und Wohnstätten oder Gelege solcher Tiere fortzunehmen oder zu beschädigen,
- 8. Aufforstungen oder sonstige Gehölzpflanzungen vorzunehmen sowie standortfremde Gehölze einzubringen,
- 9. Bäume mit Horsten oder natürlichen oder künstlichen Bruthöhlen von Vögeln in der Zeit vom 1. Februar bis 31. August zu besteigen oder zu fällen.
- 10. das Gelände zu verunreinigen sowie Sachen jeder Art im Gelände zu lagern,
- 11. Straßen, Wege, Plätze oder Pfade neu anzulegen oder bestehende zu verändern.
- 12. außerhalb von Straßen und Wegen mit Kraftfahrzeugen zu fahren oder diese abzustellen.
- 13. Bild- oder Schrifttafeln anzubringen,
- 14. zu zelten oder zu lagern,
- 15. zu reiten.
- 16. Feuer zu machen.
- 17. zu lärmen oder Tonübertragungs- oder Tonwiedergabegeräte zu benutzen.
- 18. eine andere als die nach § 4 zugelassene wirtschaftliche Nutzung auszuüben.
- (3) Unberührt bleiben sonstige Verbote, insbesondere das Verbot,
 - 1. Tiere mutwillig zu beunruhigen oder zu belästigen (Art. 16 BayNatSchG).
 - 2. Abfälle entgegen den abfallrechtlichen Vorschriften zu beseitigen (§ 4 AbfG).

§ 4 Ausnahmen

- -- Ausgenommen von den Verboten sind --
- 1. die rechtmäßige Ausübung der Jagd,
- die zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Landschaftsbestandteiles von der Unteren Naturschutzbehörde angeordneten Überwachungs-, Schutz und Pflegemaßnahmen.
- 3 das Aufstellen oder Anbringen von Zeichen oder Schildern, die auf den Schutz oder die Bedeutung des Landschaftsbestandteiles hinweisen, oder von Wegemarkierungen, Warntafeln, Ortshinweisen, Sperrzeichen oder sonstigen Absperrungen, wenn die Maßnahme auf Veranlassung des Landratsamtes Würzburg als Untere Naturschutzbehörde erfolgt,
- 4 . unaufschiebbare Sicherungsmaßnahmen, die zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leben, Gesundheit oder bedeutende Sachwerte erforderlich sind,

- die ordnungsgemäße obstbauliche Nutzung in der bisherigen Art und im bisher üblichen Umfang,
- die ordnungsgem
 äße Wiesennutzung in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang,
- 7. nach vorheriger Anhörung der Unteren Naturschutzbehörde die plenterartige Holznutzung (Entfernung einzelner Stämme unter Erhaltung des Gehölzes).

§ 5 Befreiung

- (1) Von den Verboten und Beschränkungen dieser Verordnung kann im Einzelfall gem. Art. 49 BayNatSchG eine Befreiung erteilt werden, wenn
 - überwiegende Gründe des allgemeinen Wohles die Befreiung erfordern oder
 - die Befolgung des Verbotes zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen im Sinne des BayNatSchG, insbesondere mit dem Schutzzweck des geschützten Landschaftsbestandteiles, vereinbar ist oder
 - 3. die Befolgung der Verbotes zu einer nicht gewollten Beeinträchtigung von Natur und Landschaft führen würde.
- (2) Zustandig zur Erteilung der Befreiung ist das Landratsamt Würzburg als Untere Naturschutzbehörde.

§ 6 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Nach Art. 52 Abs. 1 Nr. 3 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Verboten des § 3 Abs. 2 der Verordnung zuwiderhandelt.
- (2) Nach Art. 52 Abs. 1 Nr. 6 BayNatSchG kann mit Geldbuße bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark belegt werden, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer vollziehbaren Auflage zu einer Genehmigung nach § 3 Abs. 1 oder zu einer Befreiung nach § 5 Abs. 1 der Verordnung nicht nachkommt.

§ 7 Inkrafttreten

Diese Verrodnung tritt am Tage nach der amtlichen Bekanntmachung im Amtsblatt des Landkreises Würzburg in Kraft.

Würzburg, den 21. 09. 1984 Landratsamt Würzburg Dr. Schreier Landrat



